

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 21 für den Wahlkreis 4 Sommer 2011

Berliner Wirtschaft im Aufwind

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

nach Jahren der Deindustrialisierung, stagnierender Wirtschaft und des Jobabbaus hat Berlin endlich wieder Anschluss gefunden an die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Ballungsräumen Deutschlands. Unternehmen stellen wieder ein, bei Facharbeiter- und Ingenieursberufen zeichnet sich bereits sogar ein Arbeitskräftemangel ab. Der sog. Geschäftsklima-Index der Kammern, bei dem die Unternehmen ihren Erwartungen Ausdruck verleihen, zeigt so gute Werte wie seit Jahren nicht. Neue Betriebe und neue Branchen sind entstanden, die u.a. auf Berlins exzellenter Wissenschaftslandschaft aufbauen. Doch wie profitieren die Berlinerinnen und Berliner insgesamt davon?

Der Sinn allen Wirtschaftens besteht darin, das Auskommen der Bürgerinnen und Bürger durch ihrer Hände und Köpfe Arbeit zu gewährleisten, sowie dem Staat eine wirtschaftliche Basis für die Aufrechterhaltung eines solidarischen Gemeinwesens zu ermöglichen.

Die Steuereinnahmen erwiesen sich in der jüngsten Steuerschätzung erneut günstiger als in der Haushaltsplanung veranschlagt – dies schafft finanzpolitische Spielräume. Berlin ist im Begriff, wieder verstärkt unternehmerische Verantwortung in der öffentlichen Daseinsvorsorge zu übernehmen, Fehler der Privatisierungseuphorie der 90er Jahre zu korrigieren, z.B. bei der Wasserversorgung oder bei den Energienetzen.

Die wirtschaftliche Basis Berlins verbreitert sich zusehends. Der von Klaus Wowereit geführte Senat setzt eben nicht mehr allein auf Dienstleistungen und den Zuzug von Regierungsfunktionen, wie man es in den 90er Jahren illusionär tat, sondern setzt auf Kompetenzfelder beispielsweise in der Medizintechnik, der Informations- und Kommunikationstechnik, der Mobilität oder der Energieerzeugung und -nutzung. Der Technologiepark Adlershof

zeigt, wie die praktische Verknüpfung von Forschungseinrichtungen mit produzierenden Unternehmen vor Ort zur Schaffung tausender von Arbeitsplätzen führt.

In Adlershof siedeln auf dem Campus bereits mehr als 400 Firmen der Hochtechnologie, die jährlich deutlich mehr als eine Milliarde Euro zur Bruttowertschöpfung Berlins beitragen. Ähnliches gilt für die Biotechnologie in Buch, die mit den Kliniken der Charité, großen Forschungsinstituten und bedeutenden Unternehmen verbunden ist. Und auch bei uns in der City-West mit ihren zwei Hochschulen, der TU Berlin, der Universität der Künste, 32.000 Studierenden, 6.000 Wissenschaftlern, mit fünf Theatern und Hunderten von Betrieben des Designs, der Gastronomie und des Einzelhandels bestehen beste Voraussetzungen für einen Campus der Technik und Kreativwirtschaft. in der Innenstadt, die ich als Wahlkreisabgeordneter und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in enger Zusammenarbeit mit unseren Bezirksvertretern nutzen will.

Zu der breiteren Aufstellung Berlins als Wirtschaftsstandort zählt natürlich auch der boomende Tourismus. Berlin ist mit über 20 Millionen Übernachtungen als Touristenstadt die unumstrittene Nr. 1 in Deutschland und in Europa nach London und Paris immerhin bereits an dritter Stelle. Wir in Charlottenburg-Wilmersdorf haben hieran ebenfalls einen entscheidenden Anteil, und es ist in der City-West undenkbar, die Beliebtheit unseres Bezirks bei Berlin-Besucherinnen und -Besuchern als einen Nachteil zu brandmarken, wie es derzeit kleinkarierte Grünen-Politiker in Kreuzberg tun.



Frank Jahnke

Aber für Grüne besteht Wirtschaft ohnehin nur aus Nischen, aus netten kleinen Unternehmen ihrer Klientel, wo nicht annähernd die für eine Millionenstadt nötigen Arbeitsplätze entstehen. Auch zu dem für die Berliner Wirtschaft entscheidenden Projekt des Flughafens BBI haben Grüne wie auch CDU nur opportunistische Antworten, um einigen Flugroutengegnern am Stadtrand zu Munde zu reden,

jedoch dem Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätzen in Berlin massiv schaden. Für eine prosperierende Wirtschaft mit neuen Jobs und fairen Löhnen steht in Berlin die SPD mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit!

Ihr Wahlkreisabgeordneter

Frank Jahnke

Verändert! Aber auch menschlicher?

Die Lage einiger Mieter in Berlin

Sie waren gute Nachbarn, oft zu sehen und zu einem flotten Klönschnack bereit. Die eine führte mindestens zweimal am Tag ihren kleinen Hund Gassi, die andere arbeitete als Tagesmutter, oft hatte sie drei, manchmal vier Kinder bei sich. Beide hatten eine wunderschöne Wohnung in der Leibnizstr. 62 – wie geschaffen für ein älteres Ehepaar und eine junge Frau, die sich tagsüber um kleine Kinder sorgt. Der Lärm einer Durchgangstraße spielte keine Rolle, denn die Schlafräume des Hauses liegen hinter einem geräumigen Binnenhof, wie so in vielen Häusern des gutbürgerlichen Stadtteils Charlottenburg.

Doch eines Tages sah ich meine Nachbarinnen nicht mehr, dafür ein verschlossenes Holztor vor der Toreinfahrt. Es dauerte nicht lange, und die Vorderfront des Hauses wurde ingerüstet, sehr zum Ärger des Vietnamesen, der im Erdgeschoss ein gut gehendes Restaurant betreibt und sich nun an seiner attraktiven Außenfläche beraubt sah. Dann wurde das Tor geöffnet, Hämmer zum Abbruch, Rohre gleich mächtiger Rüssel, Schuttwannen und ein Trupp von Bauarbeitern rückten an, „Entkernung“ und ohrenbetäubender Lärm begannen, von morgens um sieben bis abends um fünf; wer die Baustelle auf dem überdachten Bürgersteig passierte, tat gut daran, sich einen Mundschutz umzubinden und Ohropax in die Ohren zu stopfen.

Was war geschehen?

Wenige Wochen später traf ich einen weiteren ehemaligen Nachbarn aus der Leibniz 62 in der Wilmersdorfer Str. Er ist – wie ich – Jogger, und so manchen gemeinsam zurückgelegten Kilometer haben wir im Preußenpark liegen. Ihn fragte ich, was denn da passiert sei. Das sei eine lange Geschichte, sagte er. Zum ersten Male habe er gespürt, was bestimmte, sicher mit treffenderen Adjektiven zu kennzeichnende Strukturen bedeuten.

Vor etwa zwei Jahren habe ein „Investor“ das Haus gekauft und bald darauf an die Mieter einen „Flyer“ verteilt. Er beabsichtige, das Haus „von Grund auf“ zu sanieren. Deshalb müsse das Haus allerdings für die Zeit der Bauarbeiten geräumt werden, um es danach in umso schöneren Wohnungen beziehen zu können. Die näheren Bedingungen könnten die Mieter in einer eigens dafür gegründeten „Beratungsgesellschaft“ in der Niebuhrstr. erfahren. Von einer beabsichtigten Umwandlung der Wohnungen in Eigentum habe da nichts gestanden.

Natürlich sei er alsbald dort hingegangen – nach telefonischer Anmeldung versteht sich. Die Mitarbeiterin der „Entmietungsgesellschaft“ sei gut informiert gewesen. Natürlich wisse sie, dass viele Mieterinnen und Mieter in der Leibniz 62 seit Jahrzehnten, einige seit einem halben Jahrhundert wohnten, also Altverträge hätten, die – wenn

überhaupt – nur nach Einhaltung langer Kündigungsfristen zu lösen seien. Andererseits aber stiegen die Ansprüche an städtischen Wohnraum. Dem wolle ihre Gesellschaft Rechnung tragen.

Es gebe drei Möglichkeiten: Die erste: Mein Freund entschieße sich dazu, eine der sanierten Wohnungen zu erwerben, bei der Beschaffung einer Ersatzwohnung für die Zeit der Bauarbeiten, ja selbst bei der Bereitstellung eines Kredits könne ihre Gesellschaft behilflich sein. Das sei die einfachste. Die zweite: Mein Freund suche sich eine andere Wohnung – innerhalb einer bestimmten Frist natürlich. Selbstverständlich erhalte er in Anbetracht seiner langen Kündigungsfrist eine Abfindung in „angemessener“ Höhe. Und die dritte: Er setze das Mietverhältnis fort, beharre auf Einhaltung der Kündigungsfrist und fechte die Kündigung selbst gerichtlich an. Dann aber müsse er Verständnis dafür aufbringen, dass ihre Gesellschaft alsbald mit den Bauarbeiten beginne, weil das Haus so gut wie „leer“ sei, die meisten „Partien“ schon in die Bedingungen eingewilligt und eine andere Wohnung in Aussicht hätten. Horrende Schulden oder nach Jahrzehnten eine andere Wohnung – womöglich in Marzahn – Hellersdorf – oder ein Monate – wenn nicht Jahre – während des Martyrium zwischen Dreck, Baulärm und Gericht,

Eine gute Wahl?

Mein Freund winkte ab. Er habe sich mit dem Mieterverein zu Berlin beraten und dann die Abfindung „genommen“. Alles andere wäre ihm „über die Nerven“ gegangen. Oft schaue er noch in den Innenhof der Leibniz 62. Immer noch Lärm und Dreck, dort entstünden wohl Paläste „vom Feinsten“ für 500.000 € an aufwärts, bezahlbar nur für Oligarchen aus Russland oder gewisse Nutznießer aus Nordafrika oder Nahost, denen der Boden dort zu heiß werde.

Je tiefer ich in die Materie einsteige, desto klarer wird mir: eine „gute Wahl“ muss sich ein Mieter leisten können. Kann er es nicht, so muss er schon Glück haben, wenn er sich ein vergleichbares Umfeld erhalten will, sobald Investoren ihre Hand auch nach seinem Haus ausstrecken. Gewiss: Seit 2004 gilt für Mieter in Friedrichshain-Kreuzberg,

Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Pankow eine Verordnung des Senats zum Schutz vor der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Danach darf ihnen ein Käufer ihrer Wohnungen 7 Jahre seit Erwerb keine Kündigung wegen Eigenbedarfs oder einer „wirtschaftlichen Verwertung“ aussprechen.

Diese Regelung läuft jedoch im August dieses Jahres aus, danach gilt eine Karenzzeit von nur noch drei Jahren. Aber auch sie ist nur wenigen Betroffenen bekannt – wie übrigens viele Mieter wenig über ihre Rechte wissen. Das aber wird anders:

Mieter wehren sich!

Denn nicht nur ganze Nachbarschaften in „gutbürgerlichen“ Stadtteilen beginnen unter der hemmungslosen Entmietung und der totalen Veränderung ihrer Gemeinden zu leiden, der Eigentumswahn an Wohnraum wirkt sich auch auf den Mietspiegel aus. Was an Eigentumswohnungen unter Begüterten oder denen, die sich dafür halten, gehandelt wird als seien es Kartoffel, steht dem Mietmarkt nicht mehr zur Verfügung. Sicherlich ist es richtig, wenn der Senat steigenden Mieten dadurch entgegentritt, dass er im Falle von Neuvermietungen auch städtische Wohnungen dem Mietspiegel unterwirft. Dem Druck jedoch, der von der wundersamen Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum auf den Mietmarkt ausgeht, wird er dadurch nicht gerecht. Da müssen schon härtere Maßnahmen hier, wie z. B. die Verlängerung der erwähnten Verordnung und die Wiederbegründung des sozialen Wohnungsbaus.

Das wichtigste aber wird sein, dass die Partei den Kampf der von Investorhaien bedrohten Mieter unterstützt. Es kann nicht sein, dass wir uns in den noch verbliebenen Milieus auf den Verweis der vom Senat ergriffenen Maßnahmen beschränken. Wir brauchen doch nur das Internet aufzuschlagen, um zu erkennen, an welchen Stellen unseres Stadtteils und zu welchen Preisen pro Quadratmeter unsere Basis weg bricht. Das ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis kritikwürdiger, d. h. unterlassener Politik in Bund und Ländern.

Helmut Kynast,

Verlängerung der Grolmanstraße

In ihrem nördlichen Teil endet die Grolmanstraße heutzutage an der Goethestraße. Das war nicht immer so, wie ein Blick auf Stadtpläne noch aus den sechziger Jahren zeigt: Die Grolmanstraße reichte ursprünglich bis zur Bismarckstraße.

Doch Anfang der siebziger wurde das sog. Bildungszentrum Schillerstasse mit dem damaligen Gebäude der Friedensburg-Oberschule ohne Rücksicht auf historische Straßenverläufe und Sichtachsen direkt in den Verlauf der Grolmanstraße gestellt. Der verbliebene Stumpf der Grolmanstraße zwischen Schiller- und Bismarckstraße erhielt den Namen "Am Schillertheater".

Das Bildungszentrum Schillerstraße war der damaligen Zeit entsprechend mit reichlich Asbest ausgestattet worden, weshalb es Ende der achtziger Jahre auch schließen musste und die Friedensburg-Schule einen Neubau erhielt. Nach erfolgter Asbestsanierung stand das alte Schulgebäude mehr als ein Jahrzehnt ungenutzt, bis es schließlich 2005 abgerissen wurde, um dem neuen Standort des Oberstufenzentrums Körperpflege Platz zu machen.

Der architektonisch anspruchsvoll gestaltete Neubau des OSZ nimmt – anders als der Vorgängerbau – Rücksicht auf den ursprünglichen Straßen-

verlauf, will ihn wieder erlebbar machen. Jedoch ist eine Durchwegung nach wie vor nicht möglich, da inzwischen ein Teil des Gartens einer Kita dazwischen liegt.

Der für die Kinderstagesstätten in Charlottenburg-Wilmersdorf zuständige Stadtrat Reinhard Naumann, Kandidat der SPD für das Amt des Bezirksbürgermeisters, sieht durchaus die Möglichkeit, das bisher der Öffentlichkeit verschlossene Gelände für Fußgänger und Radfahrer zu öffnen, ohne den Kita-Betrieb zu beeinträchtigen. Doch CDU-Baustadtrat Gröhler blockiert das Vorhaben bislang.

Es wäre eindeutig im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner, die alte Verbindung zu Fuß oder per Rad nutzen zu können, statt einen großen Umweg über die Schlüterstraße machen zu müssen. Da die alte Straße für motorisierten Verkehr weiter geschlossen bliebe, bestünde gar kein Konflikt mit der Nutzung des Kita-Geländes. Es ist an der Zeit, dem unverständlichen und bürgerfeindlichen Taktieren des CDU-Stadtrats Einhalt zu gebieten, und die mit dem gelungenen OSZ-Neubau 2008 begonnene Stadtreparatur zu vollenden – im Interesse des Kiezes und seiner Bewohnerinnen und Bewohner!

Frank Jahnke



Heute endet die einstige Grolmanstraße an einem Zaun - an den Bäumen ist der alte Straßenverlauf noch erkennbar und könnte für Fußgänger und Radfahrer leicht wieder geöffnet werden.

**Unser Bezirksbürgermeister-Kandidat,
Reinhard Naumann, hat das Wort:**

Erfolgreiche Vorbereitung des neuen Schuljahres 2011/2012



Wenn nach den Sommerferien am 15. August wieder die Schule beginnt, wird Charlottenburg-Wilmersdorf als wegen der anerkannten Vielfalt seiner Schulen hoch nachgefragter Bezirk gut in das neue Schuljahr starten. Zum ersten Mal kommt für die Oberschulen das neue Anmeldeverfahren zur Anwendung, das die Entscheidung über die Aufnahme u.a. nach der Entfernung vom Wohnort ersetzt hat.

In lediglich 7 der 19 öffentlichen Oberschulen mussten aufgrund der Übernachfrage bei den Erstwünschen – wie vorgesehen – 30 % der Plätze im Losverfahren vergeben werden, davon in 5 der 11 Gymnasien und in 2 der 8 Integrierten Sekundarschulen (ISS). Dies sind in Charlottenburg das Schiller-, Wald-, Heinz-Berggruen- und Sophie-Charlotte-Gymnasium sowie die Friedensburg-ISS und in Wilmersdorf das Friedrich-Ebert-Gymnasium und die Robert-Jungk-ISS.

Sehr erfreulich ist, dass entgegen mancher voreiliger Kritik in den Medien berlinweit 93 % der Elternwünsche - bei uns im Bezirk sogar 96 % - mit der Aufnahme in die 7. Klasse erfüllt werden konnten. Das in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern ausgesprochen weitreichende Elternwahlrecht hat sich damit aufs Neue bewährt.

Allen (!) im Bezirk wohnenden Schülerinnen und Schülern konnte entsprechend ihres Schulartwunsches hier auch ein ISS- oder Gymnasialplatz angeboten werden. Wir haben die Kapazitäten so gut berechnet, dass am Ende sogar Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg mit Plätzen ausgeholfen werden konnte.

Während sich alle Oberschulen im Bezirk beim ersten Mal nachvollziehbar auf das Aufnahmekriterium „Notendurchschnitt“ beschränkten, wird es im nächsten Schritt darauf ankommen, insbesondere das jeweilige Schulprofil mit in das künftige Aufnahmeverfahren einzubeziehen. Hier sind die Schulkonferenzen gefordert, die bildungspolitisch ausdrücklich gewünschten Akzente für ihre Schule (z.B. musisch-künstlerisch, mathematisch-naturwissenschaftlich oder fremdsprachlich) hervorzuheben.

Nachdem von 2001-2005 der Ausbau der wichtigen Ganztagsbetreuung in den Grundschulen im Mittelpunkt der Verbesserung der schulischen Infrastruktur gestanden hat, sind seit 2006 in Charlottenburg-Wilmersdorf alle Oberschulen flächendeckend mit Cafeterien/Mensen ausgestattet worden. Trotz der vielfach schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen sind in den letzten 10 Jahren rund 40 Mio. € in die 60 öffentlichen Schulen des Bezirks investiert worden, insbesondere in die sanitäre und energetische Sanierung. Charlottenburg-Wilmersdorf nimmt damit einen gleichermaßen von den Schulgemeinschaften vor Ort wie auch berlinweit anerkannten Spitzenplatz in der Wertschätzung als „Bildungsbezirk“ ein, den es auch in Zukunft zu bewahren gilt!

Reinhard Naumann;

Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Schule und Sport

An dieser Stelle erinnern wir an bedeutende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Charlottenburg-Wilmersdorf

heute:

Willy in Wilmersdorf

In seiner Rede zum Abschied vom Parteivorsitz der SPD 1987 nimmt Willy Brandt Bezug auf Travens Schilderung des Häuptlingswechsels bei einem mexikanischen Indianerstamm: Der neue Häuptling werde mit heruntergezogener Hose einen Moment über ein Feuer gehalten, um ihm zu bedeuten, er solle nicht zu lange auf dem Häuptlingsstuhl sitzenbleiben. Bekanntlich blieb Brandt, der den Bundesvorsitz der Partei 1964 von Ollenhauer übernommen hatte, 23 Jahre auf dem Stuhl.

Dies war nicht seine erste Erfahrung als Vorsitzender in der SPD. Im Dezember 1949 übernimmt der spätere Landes- und Bundesvorsitzende sein erstes bedeutenderes Amt in der Berliner SPD, indem er Kreisvorsitzender in Wilmersdorf wird. Es selbst schreibt bescheiden, er sei über streitende Gruppen hinweg als tüchtiger Versammlungsleiter berufen, und da er in Lage war, die Delegierten zur Besonnenheit anzuhalten, gleich zum Vorsitzenden gewählt worden – „ganz ungeplant“.

An dieser vorgeblich fehlenden Planung sind Zweifel angebracht. Zu diesem Zeitpunkt war Brandt in der Berliner SPD kein Unbekannter mehr. Auf Vorschlag Julius Lebers wurde er in seiner Geburtsstadt Lübeck 1930 zum ersten Mal Mitglied in der SPD, von der er sich doch bald wieder trennt, um in der Hoffnung auf kämpferischeren Widerstand gegen die Nazis die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands SAP mit zu gründen. 1942 tritt er – noch im Exil in Stockholm – der SPD wieder bei.

1945 bietet er dem designierten Parteivorsitzenden Kurt Schumacher seine Mitarbeit an, tritt in der Folge vielfach öffentlich auf und ist auch Gastdelegierter auf dem Parteitag in Hannover. Im Januar 1947 kehrt Brandt dauerhaft nach Deutschland zurück. In Berlin wird er Presseattaché an der norwegischen Vertretung beim Alliierten Kontrollrat. Die Rolle des diplomatischen Beobachters füllt ihn jedoch nicht aus. Im Oktober 1947 nimmt er daher das Angebot an, die Berliner Vertretung des seinerzeit in Hannover residierenden SPD-Parteivorstandes zu übernehmen. Dieser stellt Brandt eine kleine möblierte Dienstvilla direkt am Halensee (Trabener Straße 47) samt Sekretärin, Dienstwagen und Chauffeur zur Verfügung.

In dieser Zeit knüpft Brandt viele wichtige Verbindungen. So lernt er den Berliner Parteivorsitzenden und späteren Dauerivalen Franz Neumann kennen und auch den damaligen Stadtverordnetenvorsteher Otto Suhr. Im Haus von Annedore Leber (der Witwe seines einstigen Lübecker Mentors) trifft Brandt seinen künftigen Ziehvater Ernst Reuter – aus Brandts Sicht „eine lebensentscheidende Begegnung“. Immer öfter sieht man Brandt nun an der Seite des Oberbürgermeisters (und späteren Regierenden Bürgermeisters). Auch zu den wichtigen Gesprächen mit der amerikanischen Militärregierung 1948 im Harnack-Haus in Dahlem über die bevorstehende Luftbrücke begleitet Brandt Ernst Reuter.



© Willy-Brandt-Archiv im AdSD der Friedrich-Ebert-Stiftung
Ausweis Willy Brandts als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

In Berlin ist Brandt offensichtlich einer der Anwärter auf die Nachfolge Reuters. Reuter will ihm Verwaltungserfahrung verschaffen und bietet ihm im Mai 1949 das Amt des Stadtrats für Verkehr an. Reuter selbst hatte dieses Amt 20 Jahre zuvor inne. Brandt lehnt dies ebenso ab wie den Vorschlag Kurt Schumachers, in Schleswig-Holstein für den Bundestag zu kandidieren, da er Bundestagsabgeordneter für Berlin sein möchte.

Allerdings scheitert Otto Suhrs Wunsch, dass die Berliner ihre Bundestagsabgeordneten direkt wählen, sondern sie werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Brandt wird so im August 1949 neben Louise Schroeder, Otto Suhr, Franz Neumann und Paul Löbe für die SPD bestimmt

In diese Zeit fällt Brandts Wahl zum Kreisvorsitzenden in Wilmersdorf. Es ist klar zu erkennen, dass Brandt sich als Bundestagsabgeordneter und Anwärter auf die Nachfolger Reuters bereits recht gut positioniert hatte. Die Übernahme des Kreisvorsitzes ist daher alles andere als eine Überraschung.

Zum Jahresbeginn 1950 wird er Chefredakteur des „Sozialdemokrat“, der späteren „Berliner Stimme“, aber er vernachlässigt auch keineswegs die Arbeit an der Basis. Unterstützt von seinem Adlatus, Klaus Schütz, besucht er Abteilungen, tritt bei Kaffeenachmittagen und in Gaststätten auf, um über seine Arbeit im Bundestag zu berichten und Wahlkampf zu machen. Im Dezember 1950 wird erstmalig nach der neuen Berliner Verfassung das Abgeordnetenhaus gewählt und Brandt tritt in Wilmersdorf an.

Die SPD erzielt 30 % in Wilmersdorf und liegt damit zwar vor der CDU mit 27,4 %, aber deutlich hinter der FDP mit 33,8 %. Brandt erringt jedoch sein Abgeordnetenhausmandat und wird Vorsitzender des Ausschusses für Bundesangelegenheiten. Er hat damit die Basis für Weiteres erreicht und nimmt nun die Landesebene ins Visier.

1952 tritt er erstmals um den Landesvorsitz der Berliner SPD gegen Franz Neumann an und verliert deutlich. Als Präsident des Abgeordnetenhauses 1955 bis 1957 und als Regierender Bürgermeister ab Herbst 1957 wird er erfolgreicher sein. Die weiteren Stationen als Außenminister, Bundeskanzler, Friedensnobelpreisträger, Vorsitzender der SPD und Präsident der Sozialistischen Internationale stehen in den Geschichtsbüchern.

Joachim Wagner

TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE •

Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,

gerne nutze ich die Möglichkeit, Sie hier über meine aktuellen Termine und Veranstaltungen zu informieren.

Am **Montag, den 4. Juli von 10 bis 12 Uhr**, lade ich gemeinsam mit meiner Kollegin, Dr. Eva Högl, zu einer „Fraktion vor Ort“ Veranstaltung in das Sozialwerk Berlin, Humboldtstraße 12, 14193 Berlin ein zum Thema **„Vorsorgeregungen treffen: Patientenverfügung und Generalvollmacht“**. Wer handelt für mich, wenn ich nicht mehr selbst handeln kann? Mit dieser Frage hat sich wohl fast jeder schon in der einen oder anderen Form auseinandergesetzt. Über die Fragestellungen, die sich im Zusammenhang mit Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung ergeben, diskutieren wir mit unserer ehemaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, MdB. Eine Anmeldung zur Veranstaltung ist möglich per E-Mail an petra.merkel@bundestag.de oder telefonisch unter 227 77262.

Auch in diesem Jahr nutze ich die plenarfreie Zeit, um mit Ihnen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Von Juli bis August bin ich mit meinen **Sommergesprächen 2011** in Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf unterwegs. Sie treffen mich jeweils von 10 bis 12 Uhr an meinem Infostand auf folgenden Wochenmärkten:

- 12. Juli Eberbacher Straße
- 13. Juli Kranoldplatz
- 15. Juli Klausenerplatz
- 10. August Karl-August-Platz (gemeinsam mit Frank Jahnke, MdB)
- 11. August Hermann-Ehlers-Platz
- 15. August Charlottenbrunner Straße
- 16. August Nestorstraße
- 19. August Preußenallee
- 25. August Mainzer Straße

Sprechstundentermine

Meine nächsten Bürgersprechstunden finden statt

am Freitag, den 20. Mai von 15.00 bis 17.00 Uhr und

am Montag, den 20. Juni von 15.30 bis 17.00 Uhr

im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 15. Wenn Sie Interesse an einem Termin haben, melden Sie sich bitte in meinem Büro an.

Ich freue mich darauf, Sie bei der einen oder anderen Gelegenheit zu treffen.

Ihre



Bundestagsabgeordnete für Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro **GOETHE15**
 Goethestraße 15, 10625 Berlin,
 Telefon: 313 88 82, Fax: 318 001 68
 E-Mail: petra.merkel@bundestag.de
 Homepage: www.petra-merkel.de

Öffnungszeiten:

Montag	15 – 18 Uhr
Dienstag	12 – 16 Uhr
Mittwoch	10 – 14 Uhr
Donnerstag	10 – 14 Uhr

Wussten Sie schon?

An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren:

Heute: Jebensstraße

Sprechstunde: Frank Jahnke,

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Siehe: www.frank-jahnke.de,

oder Aushang im Wahlkreisbüro

Goethestr. 15 sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Tel./Fax: 030-313 88 82

bzw. per E-Mail:

frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de

Anzeige:

LAVANDEVIL



*Restaurant
&
Kneipe*

Öffnungszeiten: Mo - So 16³⁰ - 1⁰⁰

Tel.: 030 / 342 92 80 • Fax: 030 / 342 52 81

Schustehrusstraße 3 • 10585 Berlin

direkt am U-Bhf. Richard-Wagner-Platz

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;

Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;

Christian Christen, Gotthard Krupp; Heike Stock

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 15; 10623 Berlin

liegt zwischen Hardenbergstraße und Hertzallee. Benannt wurde sie am 4.11.1912 nach dem Juristen und Kommunalpolitiker Albrecht Wilhelm Jebens geboren am 7.9.1830 in Danzig, gestorben am 13.11.1907 in Charlottenburg, begraben auf dem 3. Luisenfriedhof. Er war Senatspräsident beim preußischen Oberverwaltungsgericht und machte sich verdient um den Ausbau des preußischen Verwaltungsrechts, besonders der Städteordnung. Nach seiner Pensionierung gehörte er 1900 – 1907 als Charlottenburger Stadtverordneter und Stadtrat der Deputation für Kanalisations- Straßenreinigungs- und Feuerlöschwesen an.

Unter Denkmalschutz steht das Bauensemble Jebensstraße Nr. 1 – 4.

Nr. 1/Ecke Hertzallee ehem. Laborgebäude der Militärisch-Technischen Akademie 1904/05 von Weisenberg,

Nr. 2 1908/09 Landwehr-Kasino von H. Schmieden und J. Boethke (heute Museum für Fotografie),

Nr. 3 1910/11 Verwaltungsgebäude des Evangelischen Oberkirchenrats von A. Bürckner und F. Herrmann.

Ebenfalls geschützt ist das Kriegerdenkmal vor der Westseite des Bahnhofs Zoologischer Garten.

Jürgen Behrend